

Gemeinsame Pressemitteilung des CSU-Kreisverbandes Würzburg-Stadt und der CSU-Stadtratsfraktion

Würzburg darf keine Cannabis-Modellregion werden

Die **CSU-Stadtratsfraktion** und die **CSU-Landtagskandidatin** lehnen aus inhaltlichen und rechtlichen Gründen solche Pläne für Würzburg ab.

Die Würzburger **CSU-Stadtratsfraktion** und die **Landtagskandidatin Dr. Andrea Behr** sprechen sich ausdrücklich **gegen** den am Donnerstag im Würzburger Stadtrat zur Abstimmung stehenden Interfraktionellen Antrag der Grünen- und der SPD-Fraktion aus, Würzburg zur Modellregion der Cannabis-Freigabe zu machen.

„Als Zahnärztin kann ich es nicht verstehen, dass eine Partei, die den Konsum von Zucker verbieten möchte, die Freigabe von Cannabis etablieren will“, betont Andrea Behr. „Dieser Vorstoß ist umso mehr unverständlich, weil immer mehr junge Menschen auf ein gesundes Leben und geringeren Alkohol- und Tabakkonsum setzen und der Staat zu diesem Zweck Steuergelder in Millionenhöhe für Prävention und Eindämmung der negativen Entwicklungen ausgibt“, heißt es in der Erklärung weiter.

Die beabsichtigte Eindämmung des Schwarzmarktes durch eine Legalisierung von Cannabis, die oft als Argument herangezogen werde, gelinge nicht. Das belegten Studien aus den Vereinigten Staaten und Kanada ebenso umfassend wie die praktischen Erfahrungen aus anderen europäischen Ländern. Auch das Einhalten erlaubter Mengen und die Weitergabe an Minderjährige werde sich in der Praxis ebenso wie die Kontrolle der Wirkstoffgehalte als schwierig erweisen.

Vor allem dürfe man aber auch den Aspekt der Gesundheitsgefährdung nicht aus dem Blick verlieren. Der Genuss von Cannabis könne zu Angststörungen, psychotischen Störungen, Depressivität und Suizidgedanken führen. „Da macht es wenig Sinn, den Konsum durch Freigabe zu erhöhen und das Cannabis breiteren Schichten zugänglich zu machen“, ergänzt die **Landtagskandidatin Dr. Andrea Behr**.

Neben den tatsächlichen Argumenten sprechen auch rechtliche Probleme gegen die Errichtung der so genannten Modellregionen. Sie würden ein staatliches Verteilungssystem für Cannabis etablieren, was sowohl völkerrechtlich bedenklich als auch mit dem Europarecht nicht vereinbar sei. „Im Falle der Zustimmung würde der Würzburger Stadtrat also eine offenkundig rechtswidrige Entscheidung treffen“, warnt der **Fraktionsvorsitzende Wolfgang Roth**.

Ansprechpartner bei Rückfragen:

CSU Stadtratsfraktion

Fraktionsvorsitzender Wolfgang Roth

Rathaus

Zimmer 149

Rückermainstraße 2

97070 Würzburg

Fon : 0931 37/3606

<https://csu-fraktion-wuerzburg.de>

E-Mail: presse@csu-fraktion-wuerzburg.de